

Kapitel 2

Neue öffentliche Räume: Konzepte und Beispiele

Florian Koch, Josefina Buzwan-Morell, Helena Cermeño

1. Einleitung

Öffentliche Räume sind prägende Elemente von Städten. Plätze, Straßen und Parks, die für alle zugänglich sind, definieren unser Verständnis von Stadt und Stadtgesellschaft. Historische und aktuelle Beispiele hierfür sind schnell gefunden: Von der Agora in Athen als Ort, an dem lokale Demokratie entstand und praktiziert wurde, bis hin zu politischen Demonstrationen im öffentlichen Raum heutzutage. Im folgenden Beitrag wird für ein neues Verständnis von öffentlichen Räumen plädiert und aus der Perspektive des *Teilens von Raum* aufgezeigt, wie temporäre, private oder multikodierte Räume wichtige Funktionen übernehmen können. Im Rahmen des Projekts *StadtTeilen* wurde die Frage behandelt, welche Möglichkeiten des Neu-Denkens von öffentlichen Räumen existieren und wie Aspekte des Teilens dazu beitragen können. Dabei verstehen wir die Schaffung von neuen öffentlichen Räumen auch als eine Möglichkeit, durch *commoning* neue *urban commons* (vgl. Kap. 1) zu schaffen. Hierzu werden Beispiele aus verschiedenen europäischen Städten kurz vorgestellt.

Ziel ist es, sogenannte neue öffentliche Räume aus der Perspektive des Teilens heraus zu betrachten und aufzuzeigen, dass durch Teilen das Potenzial zur besseren Nutzung bestehender öffentlicher Räume existiert. Auch werden die Probleme dargestellt, die bei der Schaffung von neuen öffentlichen Räumen beachtet werden müssen. Der Beitrag baut auf den Beispielen auf, die im Fokus des Forschungsprojekts *StadtTeilen* standen.

2. Planungsrechtliche Definition von öffentlichem Raum

Aus (planungs)rechtlicher Perspektive ist die Definition von öffentlichen Räumen eindeutig: Es handelt sich um die Flächen, die im Eigentum der öffentlichen Hand sind und daher auch dem öffentlichen Recht unterliegen. Im Gegensatz dazu existieren private Flächen, auf denen das Privatrecht anzuwenden ist. Bei den öffentlichen Flächen kann unterschieden werden nach (a) öffentlichen Verkehrsflächen, hierzu zählen unter anderem Straßen, Gehwege und öffentliche Plätze und (b) öffentlichen Grün- und Freiflächen wie z.B. Sportplätze, Spielplätze oder Grün- und Parkanlagen (BBSR, 2016). Diese Unterscheidung hat auch Bedeutung für die jeweilige kommunale Zuständigkeit. Während für Verkehrsflächen das Straßen- und Verkehrsamt, Ordnungsamt beziehungsweise Tiefbauamt zuständig sind, sind die Grünflächenämter und die Ordnungsämter für die öffentlichen Grün- und Freiflächen zuständig. Innerhalb des Baugesetzbuches können nach §9 (5) Flächen für den Gemeinbedarf definiert werden, die vorrangig der Allgemeinheit dienen und in Bebauungs- und

Flächennutzungsplänen definiert werden können. Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Gemeindezentren etc. stehen in der Regel auf Gemeinbedarfsflächen und deren Außenräume/-flächen haben entsprechend oft den Charakter eines öffentlichen Raumes. Darüber hinaus existieren Sonderfälle wie z.B. überörtliche Verkehrsverbindungen, Naturschutzgebiete oder Wasserstraßen, die auch in öffentlicher Hand sind, aber spezifische Zuständigkeiten haben. Dabei ist zu betonen, dass der Begriff des öffentlichen Raums aus rechtlicher Perspektive nur auf den jeweiligen Eigentumstitel abzielt und nicht automatisch eine öffentliche Zugänglichkeit und Nutzungsmöglichkeit für die Bevölkerung beinhaltet. Es wird argumentiert, dass öffentlicher Raum auch immer exklusiver Raum ist und es noch nie und in keiner Stadt einen für alle zugänglichen Raum gegeben hat (Siebel, 2007; Wildner & Berger, 2018).

Offensichtlich greift die planungsrechtliche Definition zu kurz: Wie Berding und Selle (2018) betonen, haben öffentliche Räume Funktionen, die weit über die der Verkehrsfläche beziehungsweise Frei- und Grünfläche hinausgehen. Öffentliche Räume können identitätsstiftend sein, sie bieten Raum zur Entfaltung und zur Selbstverwirklichung, sie dienen der Meinungsausübung und können auch gesundheitsfördernd beziehungsweise gesundheitsbelastend wirken. Gerade die Diskussion um die (nicht konfliktfreie) Verlagerung öffentlicher Diskurse in den digitalen Raum macht deutlich, dass Funktionen des öffentlichen Raums auch in andere Bereiche übertragen werden können. Der weit verbreitete Begriff der sogenannten halböffentlichen Räume (vgl. Kap. 4) zeigt, dass Funktionen öffentlicher Räume nicht nur zwingend von jeweiligen Eigentumstiteln abhängig sind. Ohne hier vertiefend auf die Diskussion um Raumbegriffe (vgl. Huning et al., 2019) eingehen zu können, sei darauf verwiesen, dass öffentliche Räume als relationale Räume verstanden werden müssen, die durch soziale Aktivitäten konstruiert beziehungsweise dekonstruiert werden und für Individuen in unterschiedlicher Art und Weise erfahrbar sind. Dabei spielt die Wechselwirkung von Gestaltung des Raumes und Aneignung des Menschen eine Rolle (Koch et al., 2021).

3. Aktuelle Konzepte zum Umgang mit innerstädtischem öffentlichem Raum

Insbesondere in innerstädtischen Nachbarschaften, in denen eine hohe bauliche Dichte existiert, sind öffentliche Räume umkämpft und unter Druck. Diese Debatte ist allerdings nicht neu und wird aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert.

Im Folgenden werden mit den Ansätzen *dreifache Innenentwicklung*, *Multikodierung* und *Pop-up-Aktivitäten* drei Diskussionsstränge kurz vorgestellt, die jeweils unterschiedliche Facetten des innerstädtischen öffentlichen Raums beleuchten. Die drei Ansätze wurden gewählt, da bei diesen Ansätzen verschiedene Aspekte stadtgesellschaftlicher Bedeutung von öffentlichen Räumen thematisiert werden, die für das Entstehen neuer öffentlicher Räume bedeutsam sind.

3.1 Dreifache Innenentwicklung

Der Begriff *dreifache Innenentwicklung* (Schubert et al., 2022) ist eine Weiterentwicklung der doppelten Innenentwicklung. Doppelte Innenentwicklung bezeichnet die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Ansprüche an innerstädtischen Raum zu konzeptualisieren (Koch et al., 2018). Einerseits geht es darum, bauliche Entwicklung vorrangig auf innerstädtischen Freiflächen und durch Nachverdichtung mit Weiterbauen im Bestand zu realisieren, gemäß dem im Baugesetzbuch festgeschriebenen Leitbild *Innenentwicklung vor Außenentwicklung*. Andererseits sind insbesondere die Grünflächen in innerstädtischen Quartieren von großer Bedeutung. Diese Flächen bieten entsprechende Ökosystemleistungen an und sind gerade für die Anpassung an in Folge des Klimawandels steigende Temperaturen und Wetterextreme in der Innenstadt wichtig. Bei dem Ansatz der dreifachen Innenentwicklung wird zusätzlich auch der Einbezug der innerstädtischen Verkehrsflächen gesehen.

Im Zuge der Verkehrswende bietet es sich an, über die Verteilung dieser innerstädtischen Flächen neu nachzudenken und insbesondere die Zahl der Autoparkplätze zu reduzieren. Als dreifache Innenentwicklung kann somit der Versuch bezeichnet werden, die verschiedenen Funktionen innerstädtischer öffentlicher Räume zu konzeptualisieren. Der Begriff der dreifachen Innenentwicklung verdeutlicht dabei die unterschiedlichen Ansprüche sowie potenzielle Nutzungskonflikte in innerstädtischen öffentlichen Räumen. Neben den oben genannten drei Aspekten bauliche Entwicklung, Grünflächenentwicklung und Flächen für Mobilität sind aus unserer Sicht auch die gesellschaftlichen Funktionen des öffentlichen Raums als Ort für sozialen Austausch von großer Bedeutung und sollten daher mitbedacht werden, quasi im Sinne einer *vierfachen Innenentwicklung*.

3.2 Multikodierte Räume

Der Ansatz der *Multikodierung* ermöglicht, die starre Zuweisung von räumlichen Nutzungsfunktionen aufzubrechen und trägt somit zu einem neuen Blick auf öffentliche Räume bei. Die Strategie der Multikodierung¹ oder auch Mehrfachnutzung bedeutet, dass mehrere Nutzungen auf der gleichen Fläche stattfinden und so die bestehenden öffentlichen Räume effizienter und vielfältiger genutzt werden können (Wiegand et al., 2018). Ziel ist es, statische Nutzungszuweisungen zu überwinden und somit Raum nicht nur für eine, sondern für mehrere Nutzungen zu ermöglichen. Durch eine höhere Nutzungsdichte bereits bebauter Räume kann der Flächenverbrauch reduziert werden, was ökologisch zu geringeren Versiegelungen führen könnte (da an anderer Stelle dann weniger Flächen gebraucht werden) und zur Inklusion und sozialen Mischung beitragen kann (vgl. Stadt Wien, 2021). Auch wenn insbesondere Haftungsfragen und die Sicherstellung von Zugänglichkeit die Umsetzung von multikodierten Räumen erschweren, existieren zahlreiche erfolgreich umgesetzte Beispiele: So werden Schulhöfe auch außerhalb der eigentlichen Unterrichtszeiten geöffnet und als Spiel- und Sportflächen genutzt oder Mehrzweckräume in Freibädern das ganze Jahr öffentlich zugänglich gemacht. In dem aktuell breit diskutierten Konzept der Superblocks² spielt die Multikodierung eine wichtige Rolle, da hier die vormals als Flächen für den Verkehr genutzten Räume nach der Umgestaltung als Spiel- und Aufenthaltsflächen für die Bevölkerung nutzbar sind. Allerdings stammen die bislang realisierten multikodierten Flächen vor allem aus der Spiel- und Sportnutzung, wo potenzielle Nutzungskonflikte (auch durch die zeitlich unterschiedliche Nutzungsintensität) eher gering sind (vgl. Stadt Wien, 2021). Der Görlitzer Park im Berliner Untersuchungsbereich zeigt auf, welches Konfliktpotenzial durch nicht kompatible Nutzungen (hier: Drogenhandel und -konsum sowie Sport- und Spielnutzungen) existiert. Daher bleibt zu prüfen, wie weitere Nutzungen des öffentlichen Raums (z.B. der Aufenthalt für marginalisierte Gruppen) in multikodierten Räumen realisierbar sind.

3.3 Pop-up-Aktivitäten

Pop-up-Aktivitäten sind zeitlich befristete Nutzungen, die durch den Umbau beziehungsweise durch die temporäre Umwidmung existierender Räume entstehen (Bertino et al., 2019). Dabei kann es sich um Innenräume oder Außenräume handeln. Pop-up-Flächen können sich in öffentlichem oder privatem Eigentum befinden. Gemeinsam ist den Pop-up-Nutzungen, dass die entsprechenden Veränderungen in der Regel in kurzer Zeit umgesetzt werden können. Damit können Pop-up-Aktionen als Teil eines *tactical urbanism*-Ansatzes (Silva, 2016)

¹ Multikodierung kann neben Flächen im Außenraum auch in Innen- oder auf Dachflächen realisiert werden. Beispiele hierfür sind die Kirche St. Maria in Stuttgart, die als öffentliches Gebäude Mehrfachnutzung z.B. im Kulturbereich ermöglicht (<https://www.st-maria-als.de/>), oder das Projekt Pocket Mannerhatten in Wien (<https://pocketmannerhatten.at/moglichkeiten/dachflaechen/>), bei dem Dachflächen z.B. für die Energiegewinnung und gleichzeitig als Aufenthaltsfläche und Gemeinschaftsgärten genutzt werden.

² In Superblocks werden mehrere Straßenblocks zusammengefasst und Teile des Straßenraums vom Kfz-Verkehr freigehalten. Das Konzept stammt aus Barcelona, wird nun aber in vielen anderen Städten ebenfalls umgesetzt; siehe DIFU (2022).

verstanden werden, bei dem durch zeitlich befristete Aktivitäten länger andauernde Veränderungsprozesse angestoßen werden. Beispiele sind die Erstellung von kleinen Holzständen auf Bahnhofsvorplätzen, die Einrichtung temporärer Läden an besonderen Standorten, aber auch die Errichtung von Stadtmöbeln auf Parkplätzen (*Parking day*), Straßenfesten oder Pop-up-Küchen sowie die Einrichtung temporärer Radwege auf bestehenden, ursprünglich für den Autoverkehr vorgesehenen Straßen³. In Bezug auf die Schaffung neuer öffentlicher Räume sind Pop-up-Nutzungen ein Mittel, um Nutzungsänderungen umzusetzen, die aufgrund ihrer Temporalität und Nicht-Endgültigkeit rechtlich einfach zu realisieren sind. Dabei haben Pop-up-Nutzungen auch einen Trial-and-Error Ansatz, das heißt nicht funktionierende oder rechtlich nicht dauerhaft realisierbare Ideen können leicht abgebrochen werden und wieder in ihren Ursprungszustand zurückversetzt werden. Wichtig bei der Umsetzung von Pop-up-Nutzungen scheint eine systematische Evaluierung der Effekte, um dann nach einem gewissen Zeitraum prüfen zu können, welche Auswirkungen die Pop-up-Nutzung hat.

Da die Zahl der öffentlichen Räume in der Innenstadt nur bedingt gesteigert werden kann und gleichzeitig öffentliche Räume weiterhin eine große Bedeutung haben (wie man jüngst in der COVID-19-Pandemie sehen konnte), argumentieren wir dafür, öffentliche Räume neu zu denken und dabei die starren planungsrechtlichen Kategorien von öffentlichem Raum beiseitezulegen. Die Ansätze dreifache Innenentwicklung, Multikodierung und Pop-up-Aktivitäten zeigen Ansätze hierfür. Aufbauend auf diesen Ansätzen zeigen wir im Folgenden anhand von zwei Konzepten auf, wie Praktiken des Teilens zu neuen öffentlichen Räumen beitragen können.

4. Durch Praktiken des Teilens zu neuen öffentlichen Räumen?

Unsere Hypothese ist, dass durch Teilen neue Formen öffentlicher Räume entstehen können, die gleichzeitig *commoning*-Aktivitäten anstoßen können. Unser Ansatz ergänzt die oben genannten drei Ansätze durch eine Perspektive auf Sharing und *commoning* und akzentuiert so die Prozesshaftigkeit und den Gemeinwohlgedanken. Dabei werden im Folgenden zwei Konzepte vorgestellt: Temporäre gemeinwohlorientierte öffentliche Räume und private öffentliche Räume. Wichtig ist zu erwähnen, dass diese *neuen öffentlichen Räume* nicht als Ersatz der traditionellen öffentlichen Räume (Parks, Plätze, Straßen) zu sehen sind, sondern diese ergänzen und zu einer Reflexion innerstädtischer Raumnutzung beitragen. Dabei finden sich diese Räume im Spannungsfeld zwischen kollektiven und privaten Interessen.

4.1 Temporäre gemeinwohlorientierte öffentliche Räume

Bei den temporären gemeinwohlorientierten öffentlichen Räumen handelt es sich um Räume, die grundsätzlich eine andere Nutzung haben (wie z.B. Parkplätze oder Schulhöfe), aber für einen begrenzten Zeitraum als öffentliche Räume genutzt werden. Hierfür sind bestimmte Genehmigungsverfahren notwendig, da Aspekte der Haftung, des Zutritts und der Sicherheit beachtet werden müssen (BBSR, 2016). Die temporären gemeinwohlorientierten öffentlichen Räume haben das Ziel, Flächen für den Aufenthalt und das Zusammenkommen bereitzustellen und werden in der Regel für bestimmte Events wie z.B. Nachbarschaftsfeste genutzt. Gleichzeitig geht es darum, Potenziale und neue Perspektiven für einen anderen Umgang mit öffentlichem Raum aufzuzeigen. In den im Rahmen des Projekts *StadtTeilen* analysierten Beispielen wurden ein Schulhof temporär als Treffpunkt und Marktplatz für Bewohner*innen in Kassel Nord-Holland und der Schützenplatz in Stuttgart als Raum für die Nachbarschaft genutzt. Ein weiteres Beispiel ist die Initiative *Österreichischer Platz* in Stuttgart (vgl. Kap. 9). Hier wurde ein transformativer Anspruch verfolgt und Parkplatzflächen für eine bestimmte Zeit als Fläche für Nachbarschaftsveranstaltungen genutzt (s. Abb. 2.1).

³ <https://www.parking-day-berlin.de/>; <https://smartcity.db.de/#places>; <http://hartzivmoebel.blogspot.com/p/woklife-kitchen.html>



Abbildung 2.1: Österreichischer Platz, Kooperativer Stadtraum, Stuttgart

© StadtLücken e.V. (2018)

Die Akteur*innen der Initiative *StadtLücken e.V.*, die das Projekt *Österreichischer Platz* initiierten, suchten nach Lücken in der dicht bebauten, kommerzialisierten Innenstadt und fokussierten sich auf die Suche nach Flächen und Räumen, auf denen alternative, nichtkommerzielle Nutzungen möglich sind. Bei der Umsetzung des Projekts spielten Kooperationen mit öffentlichen Institutionen eine große Rolle. Gestartet wurde das Projekt als Pop-up-Initiative, in deren Rahmen für zwei Monate ein Kiosk auf dem *Österreichischen Platz* errichtet wurde. Für einen definierten Zeitraum konnten unterschiedliche Bevölkerungsgruppen den Platz auf diverse Arten nutzen: So wurden ein gemeinsames Abendessen, eine öffentliche Ausstellung oder auch gemeinsames Sporttreiben realisiert. Durch die *Bespielung des Platzes* wurde das Potenzial dieses vorher nicht im öffentlichen Bewusstsein befindlichen Platzes aufgezeigt und generell auf die Existenz von *StadtLücken e.V.* (und Un-Orten) hingewiesen. Wie die Initiator*innen erwähnten, spielte auch die Verknüpfung mit digitalen Medien eine wichtige Rolle, mittels derer die jeweils auf dem Platz existierenden Veranstaltungen beworben werden konnten. Auch wenn es keine empirischen Auswertungen über die Bevölkerungsgruppen gibt, die den *Österreichischen Platz* genutzt haben, so waren nach Aussage der Initiator*innen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen insbesondere aus der Nachbarschaft beteiligt. Gleichzeitig wurden auch die Grenzen des Projekts deutlich: Ein wesentlicher Teil der Organisation des temporären öffentlichen Raums wurde durch ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder des Vereins *StadtLücken* betrieben. Letztlich ergab sich dadurch das Problem, dass dauerhafte Strukturen und Verantwortlichkeiten nicht sichergestellt werden konnten, so dass das Projekt temporär befristet war.

Für die Umsetzung von temporären gemeinwohlorientierten öffentlichen Räumen können entsprechende architektonische Lösungen entwickelt werden (vgl. Kap. 4). Dazu müssten auch Planungsbehörden und die Stadtverwaltung mit einbezogen und über die Vorteile aufgeklärt werden, um besser bei Umsetzungen unterstützen zu können. Für die Installation von dauerhaften Strukturen und Verantwortlichkeiten könnten

auch Patenschaften, die in der Nachbarschaft verwurzelt sind, organisiert werden, die mit der Stadt und öffentlichen Einrichtungen abgestimmt werden (vgl. Kap. 8).

4.2 Private öffentliche Räume

Eines der Kennzeichen öffentlicher Räume ist das öffentliche Eigentum an der jeweiligen Fläche. Unter bestimmten Bedingungen können aber auch private Flächen Funktionen des öffentlichen Raums wahrnehmen. Dabei werden die Eigentumsverhältnisse nicht verändert, aber neue Nutzungen ermöglicht, die sich an eine breitere Zielgruppe richten. Oftmals sind solche *privaten* öffentlichen Räume Innen- oder Außenräume, die auch einen gewissen Schutz vor Witterung und eine Abgetrenntheit von anderen Nutzungen ermöglichen. Als Ergebnis unserer Analyse kann festgehalten werden, dass solche Räume als *private* öffentliche Räume nur funktionieren, wenn nichtkommerzielle oder *gering kommerzialisierte* Ansätze verfolgt werden. In anderen Worten: Es geht hier nicht um die (kommerziell orientierte) Vermietung von Räumen an bestimmte Gruppen, sondern die Überlassung von Räumen für bestimmte Gruppen, wie z.B. Nachbarschaftsinitiativen. Die Motivation dahinter ist somit nicht finanziell, sondern ergibt sich aus dem Interesse der Eigentümer*innen, bestimmte Gruppen aus der Nachbarschaft zu unterstützen. Damit findet auch eine Multikodierung und effizientere Nutzung von Räumen statt. Im Rahmen des Forschungsprojekts sind wir auf zahlreiche solcher Beispiele gestoßen, wie z.B. *Piano e.V.* in Kassel (vgl. Kap. 9), das *Kerngehäuse* beziehungsweise das *Café Inci* in Berlin-Kreuzberg (Koch et al., 2020).

Der Zugang zum Raum wird dabei durch die Eigentümer*innen festgelegt und geregelt, der Charakter der Öffentlichkeit ist insofern temporär und kann auch wieder entzogen werden und unterscheidet sich somit vom traditionellen öffentlichen Raum. Ein Beispiel hierfür ist der Gemischtwarenhändler *Bantelmann* im Berliner Wrangelkiez. In dem Geschäft finden sich einerseits viele Waren des täglichen Bedarfs und gleichzeitig wirkt das Geschäft und der davorliegende Gehsteig als Ort des Austausches und des Zusammenkommens. So kommen viele Personen aus der Nachbarschaft für Gespräche ins Geschäft. Neben dem kommerziellen Gedanken des Einzelhandelsgeschäfts werden auch nichtkommerzielle Praktiken des Teilens (z.B. Ausleihe von Geräten bis zum zinsfreien Leihen von Geld der Kund*innen untereinander) realisiert. Das Geschäft befindet sich schon seit vielen Jahren im Kiez. Die Motivation der Ladenbesitzerin zur Schaffung eines *neuen öffentlichen Raums* ist die Unterstützung der Nachbarschaft und die Schaffung eines Ortes, an dem sich die Nachbarschaft trifft. Neben der unternehmerischen Motivation zum Betrieb des Geschäfts existiert damit auch die nichtmonetäre Motivation, einen Beitrag zur Nachbarschaft zu leisten⁴. Als Anlaufstelle für verschiedene Personengruppen im Kiez wird und wurde bereits seit Jahrzehnten *Bantelmann* als wichtige Institution wahrgenommen. Als der Laden aufgrund von angedrohten Mietsteigerungen um seine Existenz bangen musste, gab es viele Solidaritätsaktionen und Proteste. Letztlich konnte die Verdrängung aufgrund des großen Protests und der damit verbundenen Aufmerksamkeit vermieden werden.

4 Diese Überschneidung von Motiven von Unternehmer*innen mit stärker gemeinwohlorientierten Motiven hat sich in den Untersuchungsstädten des Projekts *StadtTeilen* in unterschiedlichen Ausprägungen gezeigt. Beispiele hierfür sind z.B. der Verein der Gewerbetreibenden in Stuttgart oder der Fall einer gemeinwohlorientierten Hauseigentümerin und Unternehmerin in Kassel.

5. Möglichkeiten der Realisierung und Ausblick

Praktiken des Teilens sind in den oben genannten Beispielen zentral und demonstrieren, wie existierende Räume anders und gemeinwohlorientiert genutzt werden können. Dabei werden auch die Ansätze der dreibeziehungsweise mehrfachen Innenentwicklung, der Multikodierung und der Pop-up-Strategie verwendet. Ebenfalls wird deutlich, dass in dicht bebauten innerstädtischen Gebieten mit Flächen wie dem Gehweg vor einem Laden oder der Fläche unter einer Autobrücke bisher unzureichend ausgeschöpfte Flächenpotenziale existieren, welche im Sinne der Nachbarschaft besser genutzt werden können. In den beiden näher beschriebenen Beispielen des *Österreichischen Platzes* in Stuttgart und des Gemischtwarenhandels in Berlin fällt zudem auf, dass neben der eigentlichen Nutzung des Raums auch die dahinterliegenden und dadurch angestoßenen Prozesse von großer Bedeutung sind. Sowohl im Stuttgarter als auch im Berliner Beispiel konnten Veränderungen auf größerer Ebene angestoßen werden. In Stuttgart lenkte das Zugänglichmachen und Teilen des *Österreichischen Platzes* den Blick auf weitere Stadtlücken und in Berlin entstand Solidarität aufgrund der Gefahr der Verdrängung des Geschäfts.

Aber: Es ist wichtig zu betonen, dass die hier vorgestellten *neuen öffentlichen Räume* kein Argument für eine weitere generelle Privatisierung von öffentlichem Raum in Innenstädten sein sollen. Im Gegenteil: Der große Erfolg der hier dargestellten Ansätze zeigt das Bedürfnis nach nichtkommerziellen, im Idealfall durch die öffentliche Hand bereitgestellten öffentlichen Räumen, die durch andere Formen des öffentlichen Raums ergänzt werden können. Hierzu werden auch neue Nutzungskonzepte und dazu passende rechtliche Umsetzungsideen benötigt, die den Mehrwert für beide Seiten, einer gemischten Nachbarschaft und privaten Eigentümer*innen, klar aufzeigen sowie regeln. Damit hätten auch private Eigentümer*innen die Möglichkeit, ungenutzte Flächen und Räume in einem geregelten Rahmen sinnvoll öffentlich zur Verfügung zu stellen.

Insbesondere in innerstädtischen Nachbarschaften zeigt sich, dass im öffentlichen Raum in hohem Maße Flächen- und Nutzungskonkurrenzen existieren. Dabei werden zwei wesentliche Linien der Diskussion deutlich: Der Konflikt um Verkehrsflächen und andere Nutzungen des öffentlichen Raums sowie der Konflikt um miteinander inkompatible Nutzungen (z.B. Flächen für exkludierte Bevölkerungsgruppen wie Suchtkranke auf der einen Seite und Flächen für Kinderspiel auf der anderen Seite). Anknüpfend an die grundlegenden Elemente des Teilens (vgl. Einleitung) wird deutlich, dass die Heterogenität beziehungsweise Homogenität der Gruppe, die teilt, auch bei den neuen öffentlichen Räumen existiert. Nicht alle sozialen Gruppen nutzen in gleichem Maße die neuen öffentlichen Räume, Zugangsbeschränkungen und gegebenenfalls auch Mechanismen der Exklusion können auch hier existieren.

Eine weitere Diskussionslinie ist die Frage der Finanzierung der Pflege (des dauerhaften Unterhalts und Erhalts) der neuen öffentlichen Räume. Während bei den planungsrechtlich definierten öffentlichen Räumen dies durch die öffentliche Hand übernommen wird, existiert bei den *neuen öffentlichen Räumen* keine klare Zuständigkeit. Hier bedarf es noch der Entwicklung von Modellen, die Aspekte der Verantwortlichkeit und der Pflege der *neuen öffentlichen Räume* adressieren.

Am Beispiel des *Österreichischen Platzes* in Stuttgart wurde deutlich, dass eine rein ehrenamtliche, beziehungsweise projektbezogene (Teil-)Finanzierung an Grenzen kommt. Dies ist ein weiteres Argument dafür, dass die *neuen öffentlichen Räume* nur als Ergänzung und nicht als Ersatz bestehender öffentlicher Räume zu sehen sind.

Abschließend lässt sich festhalten, dass durch das Teilen von Räumen (sowohl im Rahmen des temporären Teilens als auch durch das Teilen von privaten Räumen) neue Perspektiven auf den öffentlichen Raum entstehen. Dabei sind die Verhandlungen über die Schaffung und Nutzung dieser *neuen öffentlichen Räume* gerade in durch Nutzungskonkurrenzen und Flächenknappheit gekennzeichneten innerstädtischen Nachbarschaften nicht konfliktfrei. Der Prozess des Teilens kann aber, wie in den Beispielen *Österreichischer Platz* und *Bantelmann* gezeigt, auch städtische Transformationen in größerem Maßstab anstoßen.

Literatur

- Berding, U. & Selle, K. (2018) *Öffentlicher Raum*, Hannover, ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Bertino, G., Fischer, T., Puhr, G., Langergraber, G. & Österreicher, D. (2019) »Framework conditions and strategies for pop-up environments in urban planning«, *Sustainability*, Vol. 11, No. 24, S. 7204.
- BBSR (2016) *Freiraum-Fibel*, 2016. Aufl., Bonn, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- DIFU (2022) *Was ist eigentlich ein ... Superblock?* [Online]. Verfügbar unter <https://difu.de/nachrichten/was-ist-eigentlich-ein-superblock>.
- Huning, S., Mölders, T. & Zibell, B. (2019) »Gender, space and development – An introduction to concepts and debates«, Zibell, B., Damyanovic, D. & Sturm, U. (Hg.) *Gendered approaches to spatial development in Europe: Routledge studies in gender and environments*, London, Routledge, Taylor & Francis Group, S. 1-23.
- Koch, F., Bilke, L., Helbig, C. & Schlink, U. (2018) »Compact or cool? The impact of brownfield redevelopment on inner-city micro climate«, *Sustainable Cities and Society*, Vol. 38, S. 31-41.
- Koch, F., Hampel, L., Keller, C. & Bernhardt, F. (2020) »StadtTeilen – Öffentlicher Raum und Wohnen als neue Gemeingüter in sozial gemischten Nachbarschaften«, in Brokow-Loga, A. & Eckardt, F. (Hg.) *Postwachstumsstadt: Konturen einer solidarischen Stadtpolitik* [Online], München, Oekom, S. 224-237. Verfügbar unter <https://content-select.com/de/portal/media/view/5e5e3e9e-8c3c-4e1d-84fd-480eb0dd2d03>.
- Koch, P., Kurath, S. & Mühlebach, S. (Hg.) (2021) *Figurationen von Öffentlichkeit*, Zürich, Triest.
- Schubert, S., Eckert, K., Dross, M., Michalski, D., Preuß, T. & Schröder, A. (2022) *Dreifache Innenentwicklung. Definition, Aufgaben und Chancen für eine umweltorientierte Stadtentwicklung* [Online], Dessau, Umweltbundesamt. Verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/dreifache-innenentwicklung>.
- Siebel, W. (2007) »Vom Wandel des öffentlichen Raumes«, in Wehrheim, J. (Hg.) *Shopping malls: Stadt, Raum und Gesellschaft*, Wiesbaden, VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 77-94.
- Silva, P. (2016) »Tactical urbanism: Towards an evolutionary cities« approach?«, *Environment and Planning B: Planning and Design*, Vol. 43, No. 6, S. 1040-1051.
- Stadt Wien (2021) *Mehrfach genutzt! Beispiele und Tipps zur Umsetzung* [Online], Wien, Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung. Verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/bo08585.pdf>.
- Wiegand, D., Schmied, A., Kleedorfer, J. & Fellinger, M. (Hg.) (2018) *Einfach – mehrfach. Warum Mehrfach- und Zwischennutzung so wichtig ist und wie es geht*, Wien, Stadtentwicklung Wien.
- Wildner, K. & Berger, H. M. (2018) »Das Prinzip des öffentlichen Raums«, *Bundeszentrale für politische Bildung*.

